

1.7. Den Krieg beenden, den Konflikt politisch regeln

Überlegungen ehemaliger deutscher Botschafter zu einer Regelung des Afghanistankonflikts

Die jüngste Afghanistankonferenz in London bedeutet für die NATO eine Zäsur: Sie ist das Eingeständnis der Militärallianz des Westens, dass sie die erste, wirklich große militärische Operation ihrer Geschichte nicht gewinnen kann. In vielen Teilen der Welt, insbesondere in der islamischen, wurde das längst vor London verstanden. Ihre Erkenntnis ist von größter Tragweite: Volksgestützter Widerstand kann NATO-Militärinterventionen Grenzen setzen. Im afghanischen Fall sind das Taliban, Stämme und Glaubenskrieger.

Den NATO-Staaten ging es nun in London in erster Linie darum, ihren politischen Gesichtsverlust zu begrenzen und ihr Absetzen aus dem aussichtslosen Kriegszug in Afghanistan als eine „neue“ Strategie zu verkaufen. Sie riskieren sogar, ihr eigentliches Ziel nicht zu erreichen: Taliban, al-Qaida sowie den extremistischen „Dschihad“ militärisch zu vernichten. Folglich haben sie mit ihren militaristischen Strategien keine Regelung der Probleme bewirken können. Diese Strategien nun durch halbherziges Integrieren politisch-diplomatischer Akzente zu optimieren, bringt in Afghanistan keinen Durchbruch. Weder will die NATO den Kriegsweg schnellstens verlassen, noch die innerafghanischen und äußeren Dimensionen jenes kriegesischen Konflikts zu ihrer zivilen politischen Regelung in die Hände der Vereinten Nationen übergeben.

In diesem Kontext fordern wir als Botschafter a. D. der auswärtigen Dienste der ehemals beiden deutschen Staaten, den Krieg in Afghanistan zu beenden und den Weg für einen sofortigen Übergang zu einer politisch-diplomatischen Regelung des Konflikts frei zu machen. Eine solche Regelung ist sowohl für seine innerafghanische Dimension als auch seine äußere – den kriegesischen Konflikt mit immer größer werdenden Teilen der afghanischen Gesellschaft – zu finden.

Unsere Aufforderung begründen wir wie folgt:

1. Sämtliche Argumente, die der UNO-Mandatsträger bereits in den vergangenen acht Jahren zum Rechtfertigen der Verlängerung seiner militärischen Präsenz in Afghanistan ins Feld führte, sind gescheitert. Die Priorität militärischer Mittel hat das Ziel verfehlt, Frieden, Stabilität und Entwicklung in Afghanistan zu erreichen.
2. Der jetzt erklärte Strategiewechsel einer „Afghanisierung des Krieges“ gegen die Aufständischen ist zynisch, weil ihn die afghanische Armee ebenso wenig wie die NATO gewinnen kann. Es kann keine starken afghanischen Streitkräfte ohne eine starke afghanische Zentralmacht geben. Deren Schwäche ist unumstritten. Dieser Zustand wird so lange erhalten bleiben, wie eine demokratische Regelung der ethno-politischen Widersprüche in Afghanistan und ihrer Kernfrage – der nach dem Verhältnis zwischen der Zentralmacht und den anderen regionalen und nationalen Zentren – nicht erreicht ist. Gerade diese Kernfrage beließ der UNO-Mandatsträger jedoch ungeregelt. Die Installation Karsais durch den Westen hat die Lösung weiter kompliziert.
3. Der zunehmende militärische Erfolg der Taliban sowie einer wachsenden Zahl weiterer Widerstandsgruppen wäre ohne stärker werdende Unterstützung aus der Gesellschaft nicht möglich. Es reicht heute nicht mehr aus, die Verantwortung für die extrem schlechte Situation in Afghanistan allein bei Warlords, ethnischen Rivalitäten, Opium oder islamistischem Extremismus zu suchen. Die entstandene Situation ist Ergebnis einer Strategie, die die Schlüsselfragen einer Regelung für Afghanistan umgeht: Was ist zu tun, um in Afghanistan schnellstens den Kriegsweg zu verlassen und weiteres Sterben, darunter auch deutscher Soldaten, zu beenden? Wie kann geholfen werden, dass die afghanischen Völker zu innerem Frieden finden?
4. Die Afghanistanpolitik der UNO-Mandatsträger ist Teil einer Strategie, die in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Extremismus und seinen Ursachen das Schwergewicht auf militärische Mittel legt. Der Verzicht auf politisch-diplomatische Prävention wurde in Afghanistan selbst noch zu einer Zeit beibehalten, da die Taliban als militärischer Faktor als weitgehend



Weiterlesen:
NATO in der Sinnkrise
WeltTrends 68

ausgeschaltet galten. Nach Irak führte diese Strategie auch in Afghanistan in eine militärische, politische und humanitäre Katastrophe. Bereits im Februar 2005 warnten 29 deutsche Botschafter a. D. gegenüber dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, dass eine solche Strategie keine Regelung der Probleme bewirkt. Auch heute wird eine militärische Aufstockung dazu geeignet sein, die Feindschaft in islamischen Staaten und Gesellschaften gegen den „Westen“ weiter anzufachen und Extremisten zu Gegenoffensiven in ihrem deklarierten „Dschihad“ zu provozieren.

5. Der jetzige Träger des UNO-Mandats hat sich in Afghanistan selbst so tief in den innerafghanischen Konflikt verwickelt, dass er Teil der Probleme geworden ist. Er ist als westliche Militäralianz in erster Linie auch den Interessen des Westens verpflichtet und damit zur Wahrnehmung der neutralen Pflichten von *Peace Building* untauglich. Daher bleibt nur eine Alternative: radikal einen Zustand zu beenden, in der die Gewalt selbst Ursache und Motor ständiger Eskalation des Krieges geworden ist. Der Afghanistankrieg muss durch einen entschlossenen Übergang zu einer friedlichen Regelung über die Einleitung eines innerafghanischen Regelungs- und Friedensprozesses beendet werden.

Von diesen Bewertungen ausgehend, unterbreiten wir folgende Überlegungen für den Übergang zu einer friedlichen Regelung des Afghanistankonflikts durch Einleitung eines innerafghanischen Regelungs- und Friedensprozesses:

I. Der Übergang zu einer friedlichen Regelung ist an folgenden Zielen und Kriterien zu messen:

1. an humanitären: Beendigung der Kampfhandlungen, Schutz der Zivilbevölkerung, Eindämmung von Flüchtlingsströmen.
2. an friedensstiftenden: schnellstmögliche Rückkehr zu friedlichen Bedingungen im Land durch das Schaffen eines Gesprächsformats für die Beendigung aller Kampfhandlungen, die Aufnahme von Friedensverhandlungen und die Regelung der Konfliktursachen.
3. an sicherheitspolitischen: Verhütung einer weiteren regionalen Ausweitung des Konflikts. Dazu müssen die Nachbarstaaten

von vornherein in die Konfliktbearbeitung einbezogen werden. Erst der Beweis der Bereitschaft zu einer friedlichen Regelung in Afghanistan wird die Tür zu einer solchen auch in Richtung Pakistan öffnen.

II. Die universelle Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die internationale Sicherheit gilt es im Fall Afghanistan wiederherzustellen. Eine Überprüfung des jetzigen ISAF-Mandats durch die Vereinten Nationen ist angesichts des Scheiterns aller bisherigen Instrumente des gegenwärtigen Mandatsträgers unumgänglich. Ein neuer UNO-Mandatsentwurf sollte die Vereinten Nationen in die Verantwortung als Hauptträgerin internationaler, regionaler und nationaler Bemühungen um eine Afghanistanregelung zurückführen. Als zentral für einen neuen Mandatsentwurf gilt eine demokratische Regelung der ethnopolitischen Widersprüche in Afghanistan und des Verhältnisses zwischen der Zentralmacht und den anderen regionalen Zentren.

Unumgänglich für die Stabilisierung der Lage ist die Erweiterung des regionalen Kontextes einer Regelung des Afghanistankonflikts. Für die militärische Sicherung eines Friedensprozesses könnte das Potenzial benachbarter Staaten Zentralasiens, des Irans, Pakistans, Russlands, Chinas, Indiens, der Shanghai Cooperation Organisation sowie arabischer Staaten der Islamic Conference Organisation nutzbar gemacht werden.


III. Ein innerafghanischer politischer Verhandlungsprozess als Rahmen zur Erzielung einer win-win-Konstellation für alle politischen, ethnischen und religiösen Kräfte Afghanistans ist einzuleiten. Dabei dürfen radikale Kräfte nicht ausgeschlossen werden, denn sie sind ein zentrales Element der Probleme. Die Verhandlungen müssen ohne Vorbedingungen beginnen. Wenn die Taliban und andere Widerstandsgruppen den Abzug der ausländischen Streitkräfte fordern, so sollte im Interesse der Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der Friedensfrage in Afghanistan darauf eingegangen werden. Seitens der jetzigen externen Streitmächte könnten eine Bereitschaftserklärung zum Abzug aus Afghanistan und die Vorlage eines mit dem UNO-Generalsekretär abgestimmten Zeitplans eine fördernde Rolle spielen. Bei gutem Willen aller Seiten lassen sich dafür entsprechende Modalitäten erarbeiten und vermittelnde Verhandlungsformate finden – unterstellt, dass sich eine solche

Forderung auf den Abzug von ISAF (NATO) und den US-Streitkräften bezieht, nicht aber auf einen friedensunterstützenden Einsatz von Streitkräften neutraler Staaten unter UNO-Mandat für die militärische Absicherung eines Regelungsprozesses.

IV. Schließlich geht es um Überlegungen zum Einstieg in einen innerafghanischen Verhandlungsprozess. Dessen Inhalt müssten die afghanischen Seiten gemeinsam mit der UNO erarbeiten. Dabei geht es u. a. um die

- Erarbeitung von Prinzipien und Mechanismen einer inneren Stabilisierung;
- militärische Fragen, wie Waffenstillstand, Überwachung, Charakter der Streitkräfte;
- Zukunft des Staatsaufbaus und des politischen Systems;
- Wiederherstellung der Wirtschaft;
- Umgang mit Kriegsverbrechen;
- Mandat und Zusammensetzung einer internationalen Kontaktgruppe.

V. Entfeindung des Verhältnisses zwischen dem Westen und islamischen Gesellschaften der Region.

Ihre Bereitschaft zu einer sofortigen Aufnahme von Gesprächen über eine friedliche Regelung des Afghanistankonflikts sollte die EU mit einer Erklärung an die islamischen Völker untermauern, in der ein Paradigmenwechsel erklärt wird. Es wäre zu verdeutlichen, dass dies eine Politik bedeutet, die die Integrität der Zivilisation des anderen respektiert, die Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und ihrer politischen Systeme anerkennt und das Recht auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg, darunter einen sich am Islam orientierenden, akzeptiert. Es geht um ein solches Verhältnis zu den islamischen Nachbarregionen, das langfristig zu einem Modus Vivendi friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit führt. Ein solcher Paradigmenwechsel könnte der Einstieg in die notwendige Vertrauensbildung sein, um die tiefe antiwestliche Stimmung in dieser Region abzubauen. 

Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt

Eine Initiative von den Botschaftern a. D. Dr. Jürgen Hellner, Heinz Knobbe, Günter Mauersberger, Peter Mende, Freimut Seidel, Dr. Arne C. Seifert, Dr. Heinz-Dieter Winter.

Kontakt: A.u.P.Seifert@t-online.de